

Regierungsratsbeschluss

vom 27. September 2004

Nr. 2004/2028

KR.Nr. ID 147/2004 (DBK)

Interpellation Fraktion SP: Oberstufenreform - wo steckt sie? (31.08.2004)

Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was ist der Grund für die neuerliche Verzögerung des Vernehmlassungsbeginns für die Oberstufenreform?
2. Gibt es inhaltliche Probleme bei der Ausarbeitung der Vorlage? Wenn ja, in welchen Bereichen?
3. Ist die Verzögerung durch personelle Engpässe begründet?
4. Welche Priorität hat die Oberstufenreform für den Regierungsrat innerhalb der hängigen Geschäfte?
5. Wie ist die politische und die operative Projektverantwortung für die Oberstufenreform festgelegt? Erweist sich diese als tauglich angesichts der Komplexität des Geschäfts und unter Berücksichtigung der wiederholten Verzögerungen?
6. Hält der Regierungsrat angesichts des öffentlichen Interesses die viele Fragen offen lassende Kommunikation dieser neuerlichen Verzögerung für angebracht?
7. Seit Bekanntgabe der ersten Grundsatzbeschlüsse des Regierungsrates (27. Mai 03) hat sich eine recht starke Gegnerschaft der Reform gebildet. Wie beurteilt die Regierung die Gefahr, dass durch die Verzögerung bis zum Erscheinen der Vernehmlassungsvorlage die Gegnerschaft verstärkt wird?
8. Wie sieht der aktuell gültige Zeitplan für die Oberstufenreform aus? Berücksichtigt dieser Zeitplan auch den Wechsel an der Spitze des verantwortlichen Departements im Sommer 2005?

2. Begründung

Der Regierungsrat räumt der Oberstufenreform hohe Priorität ein. So hat er im Regierungsprogramm 2001 festgehalten, dass er für das Jahr 2002 entsprechende Grundsatzentscheide vom Kantonsrat einzuholen gedenke. In der regierungsrätlichen Jahresplanung für das Jahr 2002 (RRB 191 vom 29.01.2002) wurde dann immerhin die Vernehmlassung geplant, ohne allerdings durchgeführt zu werden. Im Mai 2003 (RRB 969 vom 27.05.2003) hat der Regierungsrat erste konkrete und vernehmlassungsreife Eckwerte festgelegt und das DBK beauftragt, ihm bis Ende Juni 2004 Botschaft und Entwurf zur Revision der Volksschul- und Mittelschulgesetzgebung vorzulegen (was in der Regel eine abgeschlossene Vernehmlassung voraussetzt). In der Jahresplanung 2004 des Regierungsrates (RRB 245 vom 26.01.2004) ist abermals vorgesehen, Ausgestaltung und Gliederung der Sekundarstufe 1 festzulegen. Jüngst wurde nun der Beginn der Vernehmlassung zur Reform der Sekundarstufe I vom ursprünglich angekündigten Termin (Juni) auf den 25. August 04 verschoben. Als Be-

gründung wurde angeführt, dass der Hauptteil der Vernehmlassungsfrist nicht in die Schulferien fallen solle. Gleichzeitig mit dem Augustdatum wurde auch ein recht detaillierter Zeitplan angegeben für die weitere Bearbeitung der Vorlage (Beschluss von Botschaft und Entwurf durch Regierungsrat im Dezember 2004). Nun ist kurzfristig auch dieser Termin abgesagt worden, verschoben auf „diesen Herbst“. Obwohl wir um die Komplexität dieses Geschäfts wissen, irritiert die wiederholte Revision eines einmal angekündigten Zeitplans.

3. **Stellungnahme des Regierungsrates**

In der Tat räumen wir der Oberstufenreform hohe Priorität für die Entwicklung unserer Volksschule ein. Sie soll nicht nur Änderungen, sondern klare Verbesserungen für sämtliche Schülerinnen und Schüler bringen. Aufgrund der Komplexität der Vorlage ist es zu gewissen Verzögerungen gekommen. Der Kantonsrat hat am 31.8. 2004 (KRB I 147/2004) die Dringlichkeit abgelehnt.

Frage 1

Die Komplexität der Vorlage verlangt eine breite Abklärungsarbeit und bedeutend mehr Informationsveranstaltungen in kleinerem Rahmen als dies bei einer Vorlage der Fall ist, die weniger Änderungen hervorruft. Dazu kommen "grosse Brocken" (z.B. Disziplinvorlage, Projekt Geleitete Schulen und Heilpädagogisches Konzept), welche im Amt für Volksschule und Kindergarten (AVK) praktisch von denselben Personen zu bewältigen sind.

Frage 2

Die inhaltlichen Fragen sind nicht problematischer geworden. Die zunehmende Bearbeitung benötigt aber eine z.T. sehr aufwändige Detailbearbeitung.

Frage 3

Die Mitarbeitenden im AVK und die unterstützenden Personen anderer Ämter und Abteilungen sind arbeitsmässig stark gefordert. Wenn, wie in den letzten Monaten, viele grosse Projekte "in der Pipeline" sind, kommt es selbstverständlich zu gewissen personellen Engpässen.

Frage 4

Die Strukturreform der Sekundarstufe I geniesst zusammen mit den in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Projekten im Volksschulwesen nach wie vor erste Priorität.

Frage 5

Die operative Projektverantwortung liegt beim AVK. Sie hat sich auch in anderen Projekten (siehe Frage 1) bewährt. Die politische Projektführung hat wegen der Komplexität des Geschäftes Institutionen und Interessengemeinschaften mit einbezogen, welche durch die zu erwartenden Auswirkungen des Projektes tangiert sind. Auch das kostet Zeit, bewährt sich aber. Die Vorlage ist auf gutem Wege.

Frage 6

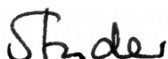
Die Frage nach genug, zu wenig oder zuviel Information stellt sich immer. Auch jene, ob, oder wieviel Information einer Vorlage eher nützt oder eher schadet. Im vorliegenden Fall hätten wir aktiver informieren und die Verzögerungen begründen können.

Frage 7

Die Komplexität einer Vorlage, die Veränderungen verspricht, ruft immer eine Gegnerschaft auf den Plan. Wir setzen darauf, dass die Vorlage im Sinne von "Gut Ding will Weile haben" auch viele Befürworterinnen und Befürworter finden wird, denn sie wird für alle Schülerinnen und Schüler eindeutig verbesserte Bedingungen bringen.

Frage 8

Wir gehen davon aus, dass wir die Vorlage nach den Schulherbstferien behandeln und dann die Vernehmlassung eröffnen. Der Wechsel an der Spitze des verantwortlichen Departements beeinflusst die Gangart nicht. Es ist nach wie vor unser Ziel, im Jahr 2006 mit der Umsetzung der Reform beginnen zu können.



Yolanda Studer

Staatsschreiber – Stellvertreterin

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur (5) Gi, VEL, DK, DA, PSt

Amt für Volksschule und Kindergarten

Amt für Mittel- und Hochschulen (3)

Pädagogische Fachhochschule, Direktion

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat